

Rüdiger Klasen
Wittenburgerstr.10
19243 Püttelkow

18.05. 2014

Amt und Stadt Wittenburg
Personalabteilung Frau Mumme
Molkereistraße 4
19243 Wittenburg

Betrifft:

Zu 1. Antrag auf Auskunft und Aufklärung inwieweit Ihrer Behörde von Behörden – Schulungen/ Weisungen/ Ratschlägen des BRD- Inlandsgeheimdienst *Verfassungsschutz*/ Innenministerium *Mecklenburg- Vorpommern* betroffen ist – welche offenkundig bundesweit durchgeführt werden.

Dabei geht es um pauschalisierende persönliche Verunglimpfung, Verleumdung § 187 StGB und üble Nachrede § 185; §§186 / 188 ff. des StGB, Beleidigung und Diskriminierung meiner Person und aller kritisch- Beschwerde führenden Bürger als Zitate: „Reichsdeutsche, Menschen wie Klasen sind Vielschreiber, nazistisch, Wahnkranke, Menschen mit Wahnvorstellungen, Wahngelbde, mit Militanz, Gewaltbereitschaft etc“,

vorsätzlich vergleichende Vermengung aller Beschwerde führenden Bürger in der BRD mit Rechtsterrorismus mit Verweis auf das Thema Rechtsterrorist Anders Behring Breivik - Norwegen, Verbreitung falscher Tatsachen, Aufrufe zu Gesetzesverstößen wie die Verweigerung der gesetzlichen Remonstrationspflicht, Aufruf zur Verweigerung der behördlich- dienstlichen Auskunftspflicht. (Dienstauskunftspflicht, Klärungspflicht), Aufruf die Bürger nicht ernst zu nehmen, Aufruf zur Billigung und Durchführung von Grundrechteverletzungen – Menschenrechtsverletzungen gegen gegenüber meiner Person und allen behördlich Schutzbefohlenen Bürgern und bestimmten Menschengruppen in der Bundesrepublik Deutschland.

Verweis: Verstoß gegen Schutz der Grundrechte Artikel 1- 20 GG, Artikel 5 – Schutz der Menschenrechte- der Landesverfassung von Mecklenburg- Vorpommern

Darüber hinaus zielgerichtete, öffentliche Herabwürdigung, Relativierung und Leugnung der bis heute gesetzlichen Zuständigkeit alliierte Hohe Hand in der offenkundig nichtsouveränen Bundesrepublik Deutschland.

Beweis: Artikel 139 und Artikel 120 Grundgesetz für die BRD und die Aussage von Herrn Dr. Schäuble auf dem 21. europäischen Bankenkongreß am 18.11.2011 und die Aussagen von Herrn Gregor Gysi von der Partei *Die Linke*.

Damit vorsätzlich Falschinformation der betr. Behördenmitarbeiter mit ideologischen Hintergrund, grober Verstoß gegen jegliche Rechtsnorm, Aufhebung der Rechtspflege in der BRD, offener Bruch der Verfassungsmäßigen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, strafbewehrter Verstoß gegen das Grundgesetz Artikel 1- 19, Artikel 139, Artikel 146.

Desweiteren offenkundig zielgerichtete verallgemeinernde Kriminalisierung meiner Person und aller Beschwerde führender Bürger durch unterstellende Vermutungen von (rechts)extremistischer Gewaltbereitschaft Militanz und Torgefahr.

Das zielgerichtete Schüren von Angst und Hass in der Bevölkerung durch pauschalisierende

Vermengung aller Beschwerde führender Bürger mit Gewaltstraftätern, Terroristen, Reichsideologie und Rechtsextremismus.

Weiterhin Verunglimpfung und Aufruf zu Willkürmaßnahmen und Aufstachelung zum Hass gegen Menschen und bestimmte Menschengruppen in der Bundesrepublik und aller weiterer in Frage kommender Straftaten durch den Verfassungsschutz und den darin eingebetteten Kriminalpsychologen und Bediensteten.

Daraus ergibt sich auch der Straftatbestand der Volksverhetzung § 130 StGB in den offenkundig bundesweiten Behördenschulungen des BRD- Verfassungsschutzes und durch die wiederholt öffentliche Ausstrahlung im Zweiten Deutschen Fernsehen – ZDF, speziell auf dem Kanal ZDF.info.

Zu 2 Fachaufsichtsbeschwerde in selber Angelegenheit

Sehr geehrte Frau Baethke, sehr geehrter Herr Bernowitz, sehr geehrte Damen und Herren.

Das ZDF hat ab dem 07. MAI 2014 Ausschnitte aus einer internen BEHÖRDENSchulung des BRD-Inlandsgeheimdienstes *Verfassungsschutz* veröffentlicht.

Daraus ergibt sich folgender im öffentlichen Interesse zu klärender Sachverhalt.

Hiermit stelle ich Antrag/ Forderung auf dezidierte Auskunft und Aufklärung im Sinne der Fragestellung:

Es handelt sich offenkundig um ein bundesweites Schulungsprogramm des Verfassungsschutzes zur Durchführung von Gesetzesverstößen, zur Durchführung von Grundrechteverletzung gegenüber den Bürgern.

Verweis:

Filmtitel: „**Der Staat bin Ich! Wenn Menschen ihrem Land kündigen**“

Und Filmtitel „**Der Staat bin Ich - Eine Bewegung gegen den deutschen Staat**“

Filmbeschreibung: „Sie halten die Bundesrepublik Deutschland für eine GmbH, gehen davon aus, dass hier immer noch die Alliierten regieren und das Deutsche Reich von 1937 fort besteht. "Reichsbürger", wie sie der Verfassungsschutz nennt, akzeptieren die Gesetze nicht, weil sie die BRD für schlichtweg nicht existent halten. Das Bundesinnenministerium sieht in ihnen eine Gefahr für die innere Sicherheit.“

Quellverweise:

<http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/programdata/08f09dee-c131-3898-beea-3efa0cea90b0/20310173>

<http://www.zdf.de/zdfinfo/der-staat-bin-ich-eine-bewegung-gegen-den-deutschen-statt-33027054.html>

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2146070/Der-Staat-bin-Ich%2521#/beitrag/video/2146070/Der-Staat-bin-Ich>

Youtube:

Filmtitel:

„Der Staat bin Ich – Sendung“

Filmbeschreibung: „In ganz Deutschland haben wir Menschen getroffen, die die Bundesrepublik Deutschland und ihre Institutionen nicht mehr akzeptieren. Sie haben ihrem Land gekündigt. Für die Einen ist Deutschland ein immer noch von den Alliierten besetztes und regiertes Land, die anderen wollen heraus gefunden haben, dass das Deutsche Reich von 1937 immer noch fortbesteht. Sie haben sich eigene Ausweise gedruckt, verweigern die Zahlung von Steuern und betrachten ihr Grundstück als exterritoriales Gebiet. Der Verfassungsschutz Brandenburg veranstaltet mittlerweile Seminare für Finanzbeamte und Gerichtsvollzieher, um diese auf einen „Kontakt“ mit den – wie er sie nennt – „Reichsbürgern“ vorzubereiten. Dies sei notwendig, da es neben dem Schreiben unzähliger Briefe und permanenter Anrufe immer wieder auch zu körperlichen Übergriffen komme. Warum wollen diese Bürger nichts mehr mit der Bundesrepublik zu tun haben? Was sind ihre Vorstellungen und Pläne? Wir haben sie besucht. In Stade, Berlin, einem kleinen sächsischen Dorf und in Mecklenburg-Vorpommern. Unsere Dokumentation „Der Staat bin ich!“ läuft in seiner Erstaussstrahlung am Mittwoch, den **07. Mai 2014, um 18.45 Uhr auf dem Sender zdf.info. Weitere Sendetermine: 21.05.2014 um 10.15 Uhr und am 23.05.2014 um 02.45 Uhr.**“

Quellverweise:

<http://www.candoberlin.de/neues/>

<http://www.zdf.de/zdfinfo/der-staat-bin-ich-eine-bewegung-gegen-den-deutschen-staat-33027054.html>

1. Persönliche Erklärung:

Ich bin weder ein Reichsbürger noch bin ich in irgendeiner Art und Weise (rechts-links)extremistisch gewaltbereit, militant - gefährlich. Das Gegenteil ist bei mir der Fall: Ich trete grundsätzlich mit friedlich- rechtstaatlichen Mitteln in für die Allgemeinheit aufopfernd ehrenamtlicher Arbeit für den Frieden ein.

Desweiteren vertrete ich keinerlei Ideologien, Religionen, Theorien und Rechtsauffassungen. Ich stelle auch nicht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland in Frage, sondern lediglich die bis heute offenkundigen, nicht geklärten und nicht abgestellten staatsrechtlichen Legitimationsmängel.

Das betrifft insbesondere den an allen zuständigen BRD Dienststellen angezeigten aktuellen Zustand Staatenlosigkeit und der staatsrechtlich illegale Weiterführung des 3. Reiches von Adolf Hitler durch die Bundesrepublik Deutschland. Das betrifft die illegal- hinterlistige Anwendung des NS- Staatsangehörigkeit *Deutsche Staatsangehörigkeit vom 05.02. 1934, der NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1934 auf den Ausweisen der BRD.

(Beweis: sprachliche Einführung der deutschen Staatsangehörigkeit im Gesetz Wiederruf von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit RGBL 28. Juli 1933, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBL 05.2.1934, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Ausweisdokumente der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und deren Glaubhaftmachung DEUTSCH von 1934)*

U. a. damit illegale Anwendung der verbotenen NS- Gleichschaltungsgesetze und NS- Gesetze: Damit Verstoß gegen SHAEF Gesetz 1 Artikel III und das Potsdamer Abkommen durch die BRD.

**...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten....“*

Am 8.12.2010 erfolgt ein geheimer Staatsstreich in der Bundesrepublik Deutschland, die auch eine Urkundenfälschung (Datumfälschung zur Täuschung: 05.02.1934 auf dem 22.07.1913 geändert) im Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet. Desweiteren wurde am 08.12.2010 das Fundament der deutschen Staatsangehörigkeit, die (*unmittelbare*) Reichsangehörigkeit beseitigt. Die unmittelbare

Reichsangehörigkeit ist die unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit - beides ist ein und dasselbe.
(RGL 05.2.1934, Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Verweis Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913)
BGBl. I S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959)

Durch diesen Vorgang wurde ab dem 08.12.2010 jeder Bürger der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und der NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* staatlos und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!

(Verweis unmittelbare Unionsangehörigkeit = Mitgliedschaftsverhältnis - Nichtstaatsangehörigkeit und Welt - Bürgerschaft – Der Unionsbürger von Christoph Schönberger)

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1934 künstlich am Leben.

(Verweis aktuelle staatenlos- Gerichtsbeschlüsse Amtsgericht Goslar, Amtsgericht Langen, Amtsgericht Vechta)

Ich handel ausschließlich korrekt nur nach den uns vorgegebenen gesetzlichen Rechtsgrundlagen. Dazu beziehe ich mich ausschließlich nur auf die offenkundigen Tatsachen. Ich vertrete und verteidige das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die vom Grundgesetz gegenwärtig überlagerte Weimarer Reichsverfassung von 1919. (WRV) Ich stehe zur, beziehe mich und verteidige die verfassungsmäßige Grundordnung, das Völker- und das Menschenrecht in Deutschland. Diese höchsten Rechtsnormen sind in der Bundesrepublik Deutschland nun auch durch diesen angezeigten Vorgang gebrochen und verlangen umgehende Aufklärung und Abhilfe auch von Ihrer Behörde.

2. Dezierte Darstellung:

Hierbei geht es u.a. um die o.g. Verunglimpfung durch Pauschalisierung, Titulierung, indirekte Beleidigung aller kritisch- Beschwerde führenden Bürger als „Reichsdeutsche, Vielschreiber, narzistisch“, psychisch Wahnkranke Personen, offenkundig zielgerichtete Verallgemeinerung, Kriminalisierung durch unterstellende Vermutungen von extremistischer Gewaltbereitschaft. Militanz und Schüren von Angst und Hass durch pauschalisierende Vermengung mit Gewaltstraftätern und Rechtsextremisten. Vermengung mit Terroranschläge wie dem Thema Anders Behring Breivik/ Norwegen- große Anfrage des BMI und Verfassungsschutz.

Beweis Originalzitat Herr Michael Hüllen vom BRD- Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz Brandenburg: (Filmsequenz: 34:13 - 34:34)

„Insgesamt das Thema Militanz ernst nehmen: Das Bundesinnenministerium und der BRD- Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz haben in einer großen Anfrage auf das Thema Brewik hingewiesen, wo man sich die Reichsbürger in Hinblick auf Gewalttätigkeit –Gewaltakte anschaut.... „Menschen wie Klasen sind Vielschreiber.“

Michael Hüllen BRD- Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“- bezeichnet Menschen die dem Staat kündigen als sog. „Reichsbürger“

Kommentator: In Behörden werden Reichsbürger zunehmend zum Problem (3:09-4:43)

Beweis Originalzitat Herr Andreas Vorrath von der Partei Bündnis 90 / Die Grünen: (Filmsequenzen: 41:59 + 42:20)

*„Wir wissen wirklich nicht seriös, welchen fatalen Einfluß solche Leute auf irgendwelche Menschen haben. Das muß man ernst sagen bei Sümeli, Klasen etc, **alle die man so nicht ernst nimmt, weiß man nicht ob so einer mal austickt. Das halte ich für sehr wahrscheinlich.**“*

Verallgemeinernde Verunglimpfung aller kritischen Bürger in den Schulungen als psychisch krank mit Wahnvorstellungen, geistig gestört und gefährlich.

Beweis Originalität des eingebetteten Kriminalpsychologen Jan Gerrit Keil: (Filmsequenz: 19:27)

Schulungsmaterial Zitate auf der Leinwand in der betr. VS-Schulung: *alles über **Wahnranke, Wahnentstehung, Wahnbildung** usw. Menschen wie Klasen sind Vielschreiber...bloß nicht dem **Wahngebilde** Nahrung geben und zustimmen, dann haben sie verloren.*“

Beweis Originalität des Kriminalpsychologen Jan Gerrit Keil: (Filmsequenz: 31:49-31:44)

*„Durch ihre skurile Form bekommen sie hohe Aufmerksamkeit und ziehen Nachahmer auf sich, die sich bei Youtube Filme runterladen. Die denken, dass das eine schräge Form des Widerstandes ist, das könnte ich auch machen ohne gleich in den **Wahn des 2 oder 4 Reiches** zu leben. So ist der Reichsbürger um seine Steuern gekommen, das mache ich auch.“ (31:21-31:44)*

Aufruf zur Verweigerung der gesetzlichen Remonstrationspflicht. Aufruf zur Verweigerung der behördlich-dienstlichen Auskunftspflicht. (Dienstauskunftspflicht), damit Aufruf zur Billigung und Durchführung von Grundrechteverletzung gegenüber den behördlich Schutzbefohlenen Bürgern, öffentliche Herabwürdigung der bis heute gesetzlichen Zuständigkeit alliierte Hohe Hand in der offenkundig nichtsoveränen Bundesrepublik Deutschland.

Verweis: Artikel 139 und Artikel 120 GG

vorsätzlich ideologisierte Falschinformation der betr. Behördenmitarbeiter, grober Verstoß gegen jegliche Rechtsnorm der BRD.

Durch pauschalisierende Reichsbürger- Nationalsozialistisch- ideologisierte Diensts Schulungen des Inlandsgeheimdienst *Verfassungsschutz* und eingebetteten Kriminalpsychologen sollen offensichtlich meine Person und alle Bürger, die kritisch Beschwerde führend auftreten, in die nationalsozialistisch-rechtsideologische Ecke gebracht und damit pauschal abgewiegelt, ausgebremst werden.

Beweis Originalität Herr Michael Hütten vom Verfassungsschutz Brandenburg: (Filmsequenz: 19:27)

Herr Michael Hüllen vom BRD- Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ - bezeichnet Menschen „die dem Staat kündigen“ als sog. „Reichsbürger“

Der Kriminalpsychologe Jan-Gerrit- Keil gibt auf den Schulungen den Behördenmitarbeitern folgende Verhaltensanweisungen:

+ „den Menschen nicht die Bühne bieten, damit die sich an Ihnen aufwerten“

*+ „bloß nicht dem **Wahngebilde** Nahrung geben und zustimmen, dann haben sie verloren“*

+ „auch nicht zum Schein zustimmen, in der Hoffnung der gibt Ruhe > im Gegenteil“

Auf den Diensts Schulungen des Inlandsgeheimdienstes *Verfassungsschutz* und der eingebetteten Kriminalpsychologen wie Herr Jan Gerrit Keil werden offiziell und offenkundig die Bediensteten aufgefordert der dienstlichen Auskunftspflicht nicht Folge zu leisten und Anfragen/ Beschwerden der Bürger mit „Zweizeiler“- computeranimierten Textbausteinschreiben abzuwiegeln und zu blockieren.

Desweiteren wird auf den Schulungen zur nachhaltigen Verweigerung der pers. Kommunikation mit dem Bürger aufgerufen.

Beweis Originalizität des Kriminalpsychologen Jan Gerrit Keil: (Filmsequenz: 22:44)

** Lassen sie sich auf gar keinen Fall auf Diskussionen ein..“*

*„Der **Reichsbürger** will dem einzelnen Beamten unterstellen, dass er die Rechtsgrundlagen seiner Arbeit nicht kennt. Wenn man sich darauf einläßt und in die **nazistische Falle** tappt, wird man vom **Reichsbürger** im Redeschwall eingewickelt.“*

Offenkundig soll auch die Remonstrationspflicht der Bediensteten/ Verwaltungsangestellten abgewürgt und verhindert werden.

Beweis Originalizität des Kriminalpsychologen Jan Gerrit Keil: (Filmsequenz: 31:49)

*„**Strich nach Faden 0815 behandeln, so wie jeden anderen auch! ... Mit einem Zweizeiler, nicht vom Abteilungsleiter, sondern vom anonymen Sachbearbeiter, vielleicht mit einer Nummer...“***

Es findet in dem Zusammenhang pauschalisierende Kriminalisierung und Verunglimpfung z. B. auch von staatenlos.info- meiner Person Rüdiger Klasen statt.

Es liegt hiermit begründet offenkundig ein Vorgang vor, welcher zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Grundordnung der BRD führt. Desweiteren handelt es sich offenkundig um ein Schulungsprogramm des Verfassungsschutzes zur Billigung und Durchführung strafbewehrten Grundrechteverletzung gegenüber den behördlich Schutzbefohlenen Bürgern.

Verweis Artikel 1- 20 GG

Offenkundig liegt grober Verstoß gegen jegliche Rechtsnorm der BRD vor.

Darüber hinaus erfüllt sich auch der Tatbestand der öffentlichen Volksverhetzung.

§ 130 StGB

Strafgesetzbuch

Besonderer Teil (§§ 80 - 358)

7. Abschnitt - Straftaten gegen die öffentliche Ordnung (§§ 123 - 145d)

§ 130 Volksverhetzung

(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert oder

2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. Schriften (§ 11 Absatz 3), die zum Hass gegen eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder ihre Menschenwürde dadurch angreifen, dass sie beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden,

- a) verbreitet,
- b) öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht,
- c) einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überlässt oder zugänglich macht

oder

d) herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, einzuführen oder auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Buchstaben a bis c zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen, oder

2. eine Darbietung des in Nummer 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk, Medien- oder Teledienste verbreitet.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

(5) Absatz 2 gilt auch für Schriften (§ 11 Abs. 3) des in den Absätzen 3 und 4 bezeichneten Inhalts.

(6) In den Fällen des Absatzes 2, auch in Verbindung mit Absatz 5, und in den Fällen der Absätze 3 und 4 gilt § 86 Abs. 3 entsprechend.

Strafbewehrter Verstoß gegen das GG durch Herabwürdigung der gesetzlichen Zuständigkeit alliierter Hohe Hand in der nichtsoveränen BRD. Verweis Artikel 139 und Artikel 120 GG.

Beweis: Fortgelten der Entnazifizierungsvorschriften (SHAEF, SMAD)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146)

Artikel 139

Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Grundgesetz

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146)

Artikel 120

(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1. Oktober 1969 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis

zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. Soweit Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, die in Bundesgesetzen weder geregelt worden sind noch geregelt werden, bis zum 1. Oktober 1965 von den Ländern, Gemeinden (Gemeindeverbänden) oder sonstigen Aufgabenträgern, die Aufgaben von Ländern oder Gemeinden erfüllen, erbracht worden sind, ist der Bund zur Übernahme von Aufwendungen dieser Art auch nach diesem Zeitpunkt nicht verpflichtet. Der Bund trägt die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. Die durch diesen Absatz geregelte Verteilung der Kriegsfolgelasten auf Bund und Länder läßt die gesetzliche Regelung von Entschädigungsansprüchen für Kriegsfolgen unberührt.

(2) Die Einnahmen gehen auf den Bund zu demselben Zeitpunkte über, an dem der Bund die Ausgaben übernimmt.

Beweis: Darüber hinaus die umfassend dokumentierte Aussage Wolfgang Schäuble auf dem Europäischen Bankenkongreß auf dem 21. europäischen Bankenkongreß am 18.11.2011:
"Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen. Das wusste übrigens das Grundgesetz, da steht schon in der Präambel von 1949 das Ziel, als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen."

Desweiteren die Aussagen zur fort bestehenden Nichtsouveränität der BRD von Herrn Rechtsanwalt Gregor Gysi - Bundestagsabgeordneter von der Partei *Die Linke* .

Beweis Originalizität Michael Hüllen vom BRD- Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“- Filmsequenz 29:02-29:24

*„Information an die Alliierten ist eine **typische Reichsbürger-Angelegenheit, so wie Klasen haben wir bis jetzt noch nicht gehabt, aber in ähnlicher Form wenden sich RB an die ehemaligen Alliierten, weil sie denken, dass sie ihre Rechtskonstruktionen befeuern.“ (29:02-29:24)***

Jede Behörde/ Verwaltungsorgan, speziell auch Finanzbehörden und die Justizorgane der Bundesrepublik Deutschland stehen damit heute daher unter den Generalverdacht durch derartige Dienstschulungen des Inlandsgeheimdienstes *Verfassungsschutz* und eingebetteten Kriminalpsychologen befangen offene Rechtsbrüche gegen die eigenen Schutz befohlenen Bürger auch durchzuführen und zu billigen.

Das ist ein offener Verstoß gegen die verfassungsmäßige Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und führt automatisch zur Beseitigung derselben und in das anarchistische Chaos.

Insgesamt erfüllt sich auch hier der Tatbestand der öffentlichen Volksverhetzung § 130 StGB.

Es besteht in diesen Zusammenhang der Verdacht weiterer Straftaten seitens des Verfassungsschutzes und eingebundener Kriminalpsychologen, Bediensteter. Erinnert sei an den NSU – Skandal, Verwicklungen des Verfassungsschutzes mit Straftaten in der NPD.

Es besteht durch derartige Schulungen und bisherige Verfahrensweisen der BRD – Behörden, welche sich mit den Verhaltensvorgaben der Verfassungsschutz- Schulungen decken, begründeter Generalverdacht der Befangenheit ALLER Behörden in der Bundesrepublik Deutschland. Diese vom BRD- Inlandsgeheimdienst *Verfassungsschutz* geschulten Verhaltensregeln für Behördenmitarbeiter und Führungskräfte erfahre ich selber schon seit dem Jahr 2012 durch das offenkundige Fehlverhalten Ihrer Behörde.

Auch in Ihrer Behörde – Amt und Stadt Wittenburg- können die vom Verfassungsschutz indoktrinierten Vorgehensweisen, wie z. B.*0815- Formschreiben*, die sog. *Zweizeiler*, anonymisierte *Mitarbeiter mit Nummern* etc. nachgewiesen werden, Es erfolgte bis heute speziell

**in diesen Behörden keinerlei Klärung aller eingereichten rechtlichen Vorgänge.
Ich wurde in meinen Bürgerrechten ausgebremst, blockiert und lfd. in meinen Grundrechten verletzt.**

Auch in diesen vorgenannten Fällen besteht der offenkundige erhärtete Verdacht der Befangenheit durch derartigen Schulungen /Weisungen des Verfassungsschutzes.

Da ich auch von Ihrer Behörde trotz aller meiner Beschwerden keinerlei Klärung meiner umfangreichen Schriftsätze mit Beweisanlagen bis heute erhalten habe:

Hiermit bitte ich um klare, dezidierte Auskunft ob Ihre Behörde ebenfalls Weisungen, Schulungen seitens des Verfassungsschutzes oder dem Innenministerium von *Mecklenburg- Vorpommern* erhält- in welchen der BRD- Inlandsgeheimdienst arbeitet. Diese Auskunft ist von Ihrer Behörde angesichts des angezeigten Straftatbestandes in Form einer eidesstaatlichen Versicherung mir gegenüber abzugeben.

Ich bitte um Eingangsbestätigung mit Aktenzeichen Ihrer Behörde.

Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Bitte geben Sie bei Ihren künftigen Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers an, damit ich bei einem eventuellen Durchgriff gemäß § 823 BGB respektive 839 BGB nicht gehindert bin.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Klasen